

Gräfin nicht mehr Chefin auf der Mainau

KONSTANZ – Bettina Gräfin Bernadotte zieht sich aus der Geschäftsführung der Insel Mainau GmbH zurück. Das geht aus einer Mitteilung des Unternehmens vom Dienstag hervor. Gräfin Bernadotte führte die Geschäfte seit 2007. Sechs Jahre später übernahm ihr ältester Bruder Björn als Teil einer Doppelspitze ebenfalls Verantwortung. Detaillierte Gründe für den Ausstieg werden nicht genannt, ein Nachfolger soll extern gesucht werden. Die Gräfin will im Stiftungsvorstand der Bodensee-Insel bleiben. (jau) **SÜDEN**

FOTO: MAGG/PETER WIDMANN



Das Münster, das Klima und ein Projekt

Renoviert und saniert wird eigentlich immer am Ulmer Münster, doch mittlerweile macht der Klimawandel der gotischen Kirche zu schaffen. Nun wollen es die Verantwortlichen genau wissen. Zum 100. Gründungsjubiläum des Münsterbauvereins hat Heidi Vormann, Chefin der Münsterbauhütte, ein wissenschaftliches Projekt angekündigt. Die Folgen der klimatischen Veränderungen sollen von Forschern untersucht werden. Die Analyse soll der „nachhaltigen Bewahrung“ der größten protestantischen Kirche Deutschlands dienen. (sz/epd) **PANORAMA**

Eurobonds sind ein Irrweg



Leitartikel

Uwe Jauß

FOTO: SZ

EU-Länder, die traditionell schlecht wirtschaften, wittern Morgenluft. Es geht dabei um Rüstungsanstrengungen in Europa. Speziell Italien, Spanien sowie andere Süd-Staaten haben daran kein gesteigertes Interesse. Dies mag zum einen dem Umstand geschuldet sein, dass Putin gefühlt viel weiter weg ist als etwa von Mitteleuropa. Des Weiteren ist ihr Leumund auf den internationalen Finanzmärkten eher bescheiden.

Bei einer Verschuldung für Waffen müssten sie weitaus höhere Zinsen zahlen als beispielsweise Deutschland, die Niederlande oder skandinavische Länder. Doch da gäbe es einen Trick, um diese Erschwernis zu umgehen. Olaf Scholz hat ihn als Kanzler abgelehnt. Aber die Hoffnung der ärmeren EU-Länder scheint nun auf Friedrich Merz zu ruhen: Vielleicht ließe sich ja der neue Regierungschef für eine Komfortlösung im Sinne dieser Staaten erweichen? Immerhin wird er daheim alleine fürs Militär einen unglaublichen Schuldenberg aufbauen.

Es geht dabei um die Aufnahme gemeinsamer EU-Schulden, bekannt als Eurobonds – eine alte, aber immer wieder neu präsentierte Idee aus jenen Ländern, die vor einer Euro-Einführung Etat-Probleme durch Gelddruckern gelöst haben. Darunter war auch Frankreich. Weshalb es ebenso in Paris Sympathie für Eurobonds gibt – selbst wenn von dort aus wegen der Pflege des Verhältnisses der Druck auf Berlin nicht ganz so offensichtlich ist.

Für Deutschland sind die Folgen von Eurobonds simpel zu beschreiben. Wir haften nicht nur fürs Schuldenmachen anderer Länder mit, sondern bezahlen sie am Schluss maßgeblich. Irgendwann wird der Punkt erreicht, an dem Deutschland heillos überfordert ist. Ob sich dann die Profiteure gemeinsamer Schulden mit der Bundesrepublik solidarisch erklären würden? Schwer vorstellbar. Dies macht Eurobonds für Deutschland zum Teufelszeug. u.jauss@schwaebische.de

Steinmeiers schwierige Israel-Reise

TEL AVIV – Überschattet vom Gaza-Krieg haben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der israelische Präsident Isaac Herzog am Dienstag fortgesetzt. Die beiden Staatsoberhäupter landeten am Dienstagmittag in Tel Aviv. Unterdessen kündigte Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu an, dass die Armee in den kommenden Tagen „mit voller Kraft“ im Gazastreifen vorrücken werde. (AFP) **POLITIK**

Bewährung für Schauspieler Depardieu

PARIS – Ein Gericht in Paris hat Frankreichs Schauspielstar Gérard Depardieu wegen sexueller Übergriffe auf zwei Frauen bei Dreharbeiten schuldig gesprochen. Das Gericht verurteilte den 76-jährigen am Dienstag zu 18 Monaten Haft auf Bewährung und ordnete eine Registrierung als Sexualstraftäter an. Zudem muss er in psychologische Behandlung. Es ist das erste Urteil gegen Depardieu wegen sexueller Gewalt; zahlreiche weitere Frauen werfen ihm Übergriffe vor. (AFP) **PANORAMA**

Wetter

20° bis 22° C
Sonnenschein, dünne Wolken, mäßig warm



Börse

DAX: + 0,31%
Aktuell: 23.638,56 | Vortag: 23.566,54

Nr. 110 | B 6205



Südwesten wappnet sich für Krisen und Krieg

Von Dirk Grupe

Inflation, Katastrophen und Verwerfungen - die Menschen im Südwesten beschäftigen sich intensiv mit den globalen Entwicklungen. Und lassen trotzdem den Kopf nicht hängen, wie aus dem aktuellen Baden-Württemberg-Check hervorgeht.

STUTTGART – Wer früher Kerzen, Lebensmitteldosen und Decken hortete, galt als Spinner oder mindestens skurrile Erscheinung. Die Zeiten sind jedoch lange vorbei. Zwar blicken die Menschen im Südwesten insgesamt wie-

der hoffnungsvoller in die Zukunft, jeder Dritte ist optimistisch gestimmt, das gab es zuletzt im Sommer 2023. Die neue Zuversicht verstellt aber nicht den Blick auf mögliche Gefahren, auch das zeigen die Ergebnisse des aktuellen Baden-Württemberg Checks des Allensbach-Instituts im Auftrag der Tageszeitungen im Südwesten. Als bedrohlich werden demnach Extremwetterereignisse genauso wahrgenommen wie die Unsicherheiten politischer oder wirtschaftlicher Verschiebungen.

Eine große Rolle spielt dabei erwartungsgemäß der Überfall Russlands auf die Uk-

raine und die damit verbundene Steigerung der Verbrauchpreise. Aber auch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und seine Aussagen, sich militärisch stärker aus Europa zurückziehen zu wollen, verunsichern die Menschen. Die Bevölkerung würde einen Abzug amerikanischer Truppen aus Baden-Württemberg daher mehrheitlich bedauern. Und zeigt sich gleichzeitig offen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Damit gehen aber auch widersprüchliche Gefühle einher. Denn trotz Kriegsängsten wäre nur knapp jeder Vierte im Süd-

westen bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Das ändert allerdings nichts an einem höheren Be-



Bund verbietet „Königreich Deutschland“

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt greift durch gegen die „Reichsbürger“-Szene. Die Gruppe „Königreich Deutschland“ wollte demnach einen Gegenstaat errichten. Razzien auch im Südwesten.

BERLIN/KARLSRUHE – Es war die größte Vereinigung im Bereich der Reichsbürger und Selbstverwalter - nun hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt das „Königreich Deutschland“ verboten. Der Verein habe sich gegen die verfassungsmäßige Ord-

nung gerichtet und einen „Gegenstaat“ errichten wollen, sagte er CSU-Politiker in Berlin. Vier Männer wurden festgenommen, darunter der Kopf des Vereins.

Das 2012 gegründete „Königreich“ hatte laut Dobrindt zuletzt rund 1000 Anhänger. Die Gruppe erkennt die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und schuf laut Innenministerium Parallelstrukturen wie eine eigene Rechtssprechung und Polizei. Die Aktivitäten seien „eingebettet in eine antisemitisch konnotierte verschwö-

rungstheoretische Verächtlichmachung von staatlichen Institutionen Deutschlands“.

Laut Dobrindt waren bei Razzien gegen den Verein in sieben Bundesländern, darunter auch Baden-Württemberg, mehr als 800 Beamte im Einsatz. Im Südwesten wurde nach Angaben des Stuttgarter Innenministeriums ein Wohngebäude nahe Stuttgart durchsucht. „Das zeigt, wir sind eine wehrhafte Demokratie“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen. (epd/dpa/clak) **POLITIK**

SPD-Chef Lars Klingbeil ist erstmals als Finanzminister in Brüssel. Er muss sich gleich mit mehreren schwierigen Themen befassen.

BRÜSSEL – Bereits am Montag versuchte Deutschlands Finanzminister Lars Klingbeil beim Treffen mit den Finanzministern der Eurozone für das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen der neuen Bundesregierung zu werben, geht diese Schuldenaufnahme doch über das vorgesehene Maß hinaus. Danach musste sich der SPD-Politiker beim

Treffen am Dienstag mit allen EU-Finanzministern mit den Wünschen mehrerer Kollegen auseinandersetzen.

Das deutsche Infrastrukturpaket in Höhe von 500 Milliarden Euro sowie die Ausnahme für einen Teil der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse haben bei Partnern die Hoffnung geweckt, die Regierung von Kanzler Merz könnte auf EU-Ebene das bisherige Nein zu Eurobonds, also zu gemeinsamen Schulden auf EU-Ebene, in ein Ja ändern. (AFP/sz) **LEITARTIKEL, WIRTSCHAFT**

Mit Futter fängt man Kater



Stets hungrig - diese Katze beißt zur Not auch mal in die Tischplatte. FOTO: AXEL HEIMKEN/DPA

schriftlich verboten hatte. Zu einem Urteil kam es schließlich aber dann doch nicht, weil sich die beiden Katzenliebhaberinnen geeinigt haben. Details sind nicht leider bekannt, nur soviel: Der Kater mit Namen Leo darf jetzt bei der Frau bleiben, die offenbar das bessere Futter im Kampf um das Fell-Vieh serviert hat.

Dieser Vorgang muss alle Leute, deren Kochkünste vielleicht unter dem Durchschnitt liegen, stark beunru-

higen. Denn wo bitte schön ist der Unterschied zwischen einem verfressenen Kater und einem Ehemann? Letzterer schnurrt zwar nicht so schön, während er angelockt von den Küchendämpfen der Nachbarin herzhaft in ihr Schnitzel beißt. Aber sonst? Am Ende zeigt die Schweizer Episode vor allem eins: Liebe – egal ob von Katze zu Mensch oder von Mensch zu Mensch – geht durch den Magen. (nyf) untermstrich@schwaebische.de

Heute lesen Sie



FOTO: ALEX BRANDON/AP/DPA

Pomp für Trump

Saudi-Arabien hofiert den US-Präsidenten Donald Trump – und beide hoffen auf Deals. **POLITIK**